

Warthausen

WARTHAUSEN

Rat vertagt Entscheidung über IGI-Haushalt – Kritik am Bürgermeister

 LESEDAUER: 5 MIN

Bereits im Frühjahr 2018 fanden im Warthausener Rißtal Bohrungen und Grabungen statt, um den Untergrund für das geplante Industriegebiet zu untersuchen. Damals hatten die Verantwortlichen im Zweckverband auf eine rasche Erschließung gehofft. Doch das Vorhaben verzögert sich weiter. (Foto: Andreas Spengler)

Veröffentlicht: 9. Februar 2021, 18:09 Uhr

ANDREAS SPENGLER
Redakteur

Mit einem Weisungsbeschluss hätte der Warthausener Gemeinderat den Weg ebnen können für den Haushalt des Zweckverbands IGI Rißtal. Doch das Gremium entschied sich dagegen. Einzelne Räte zeigten sich empört darüber, dass die Gemeinde noch

nicht einmal ihren eigenen Haushalt für das laufende Jahr 2021 aufgestellt hat, und sparten nicht mit Kritik an der Verwaltung.

Der Vorsitzende des IGI-Zweckverbands **Mario Glaser** hatte bereits am Ratstisch Platz genommen, die Tagesordnung am Montagabend stand fest. Doch Gemeinderat Heribert Moosmann (FW) war mit einem Tagesordnungspunkt nicht einverstanden: dem Weisungsbeschluss für den Haushalt des Zweckverbands Interkommunales Industriegebiet im Rißtal (IGI). Eigentlich ging es dabei um einen vergleichsweise kleinen Betrag von knapp 95 000 Euro, die die Gemeinde als Verbandsmitglied zahlen müsste. Moosmann aber kritisierte: „Wir müssen erst einmal unseren eigenen Haushalt machen, um die Auswirkungen dieser Kosten abschätzen zu können“, sagte er. Zum jetzigen Zeitpunkt sei es „verantwortungslos“ darüber abzustimmen. Der Rat stimmte schließlich mit fünf Ja-, vier Gegenstimmen und einer Enthaltung für die Vertagung.

Personelle Probleme im Rathaus

Der Termin der eigenen Haushaltseinbringung sorgt in Warthausen immer wieder für Diskussionen und Kritik. Hermann Huchler (**FW**) richtete seine Kritik dieses Mal direkt an den Warthäuser Bürgermeister: „Das geht ganz klar an Sie, Herr Jautz: Wir haben jedes Jahr das gleiche Dilemma, dass der Haushalt erst im März oder April entschieden wird. Das sollten wir irgendwann stoppen.“

Jautz erklärte später auf Nachfrage der Schwäbischen Zeitung: Die Gründe für die Verzögerung seien „personelle Probleme“, außerdem erfordere die „Abstimmung mit dem Rechenzentrum“ Zeit. Die Kämmerei arbeite aber bereits „mit allen zur Verfügung stehenden Ressourcen“. In der kommenden Sitzung am 1. März soll der Haushalt dann eingebracht und schließlich wenn möglich im April verabschiedet werden. Das hat auch Auswirkungen auf die weiteren Planungen des IGI. Solange der Weisungsbeschluss aus **Warthausen** fehlt, kann auch der Haushalt des Zweckverbands nicht verabschiedet werden. Die geplante Verbandsversammlung am 24. Februar soll laut Bürgermeister Jautz dennoch stattfinden.

„Stück Wiese im Rißtal“

Verbandsvorsitzender Mario Glaser hatte versucht, im Warthäuser Rat die Wogen zu glätten und vorgeschlagen, den Betrag unter Vorbehalt zu stellen. Dem Vorschlag folgte der Rat aber nicht. Glaser verwies darauf, dass ansonsten der Logik folgend auch weitere Tagesordnungspunkte nicht behandelt werden müssten, weil auch diese unmittelbare Auswirkungen auf die Ausgaben der Gemeinde hätten, wie etwa die Entscheidung über die finanzielle Eingruppierung der Erzieherinnen.

T Moosmann aber erklärte, er müsse „priorisieren“. Im Zweifel seien ihm die Erzieherinnen „mehr wert als ein Stück Wiese im Rißtal“. Aus der CDU-Fraktion kam

schließlich der Antrag, der Begründung Glasers entsprechend auch die übrigen Punkte von der Tagesordnung zu nehmen. „Auch da entscheiden wir über Geld, von dem wir noch nicht wissen, ob wir es haben werden“, sagte Gemeinderat Jürgen Keller (CDU).

Auftragsvergabe vertagt

Hauptamtsleiterin Anja Kästle warnte davor, die Eingruppierung der Erzieherinnen zu vertagen. Die Folge sei, dass Erzieherstellen nicht besetzt werden könnten und die Öffnungszeiten der Kindergärten ab März eingeschränkt werden müssten. Schließlich stimmte der Rat dafür, die Auftragsvergabe für ein Bodengutachten für das geplante Baugebiet Egelsee zu vertagen. Die Kosten hierfür hätten sich auf rund 13 500 Euro belaufen.

Die Eingruppierung der Erzieherinnen und der Kinderpflegerinnen wurde schließlich doch noch behandelt und auch positiv entschieden (Bericht folgt).



0 Kommentare

 Schwäbische

© Schwäbischer Verlag 2021

